

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

Grenzgebieten; es wurde von Einzelfällen berichtet, wo Flüchtlinge Privathöfe betreten oder sehr viel Müll und Unordnung hinterließen.

**Afrika südlich der Sahara**

**Asien und Pazifik**

**Europa und Nordamerika**

**Lateinamerika**

**Nahost und Nordafrika**

Die Zuständigkeiten für Flüchtlinge liegen bei dem Innenministerium (zuständig für die Registrierung, Schaffung von Ordnung und Kontrolle in den Grenzgebieten), dem Gesundheitsministerium (Koordination der geleisteten ärztlichen Behandlung - erste Hilfe) und mit dem Ausruf des Ausnahmezustandes wurde auch das mazedonische Militär einbezogen (Unterstützung der Polizei bei der Registrierung, Kontrolle und Sicherung der Grenzübergangsstellen, Koordination der Bewegung und Transport der Flüchtlingen durch das Land, humanitäre Hilfe: Verteilung von Wasser, Hygieneartikeln und Nahrung).

**Oktober 2015**

Mazedonien ist kein Zielland für die Flüchtlinge aus dem Nahen Osten. Auch das Land selbst versucht die Migration seiner Bürger ins Ausland zu bekämpfen. Während der Kosovo-Krise und der Militärangriffe auf dessen Territorium, teilte der Staat Mazedonien im Jahr 1999 780 Kosovo-Roma den Asylstatus zu. Aufgrund ihres Asylstatus haben sie Anspruch auf Kranken- und Sozialversicherung, gleichzeitig übernimmt der Staat die Unterkunfts-kosten. Zusätzlich erhalten sie Monatsgeld in Höhe von 35 Euro pro Person. Von Integration kann jedoch keine Rede sein, sie leben in Armut und am Rande der Gesellschaft.

[www.kas.de](http://www.kas.de)

## **Polen**

*Dr. Christian Schmitz (28.08.2015)*

In der öffentlichen Diskussion Polens ist die Migrations- und Fluchtproblematik im Sommer 2015 (noch) kein beherrschendes Thema. Das Land ist in erster Linie mit sich selbst beschäftigt: die überraschende Wahl des PiS-Politikers Andrzej Duda zum neuen Staatspräsidenten, sein Amtsantritt im August, die Diskussion um ein bis zwei geplante Referenden, die Sicherheitslage angesichts der Ukraine-Krise und vor allem die für den 25. Oktober angesetzten Parlamentswahlen beschäftigen die Medien und ihre Konsumenten. Über die Flüchtlingsbewegungen wird zwar berichtet, doch die Berichterstattung nimmt eine überwiegend unbeteiligte und distanzierte Perspektive ein, ganz als ob man sich das Problem vom Halse halten wolle. In diesem Sinne kommentierte die führende nationalkonservative Zeitung *Rzeczpospolita* am 19. August, dass Westeuropa allein mit den Einwanderern fertig werden müsse, Deutschland versuche, seine Flüchtlinge über eine Harmonisierung der Flüchtlingspolitik auf europäischer Ebene zu exportieren. Der neue Staatspräsident Duda drückte sich am 27. August in einem Interview mit der *BILD-ZEITUNG* diplomatischer aus. Er verstehe, dass das Flüchtlingsproblem die Deutschen sehr beschäftige, und auch Polen dürfe Hilfsbereitschaft nicht verweigern. Aber die EU müsse die Ursachen der Flucht in den Herkunftsländern der Flüchtlinge und mit Blick auf die organisierten Schleuserbanden bekämpfen. Polen werde sich als EU-Mitglied dabei solidarisch zeigen, doch was die Flüchtlinge angehe, so habe es durch den Ukraine-Konflikt ein besonderes Problem. Es gebe Hinweise, dass mehrere Hunderttausend Ukrainer nach Polen flüchten wollten. Dies solle man auf europäischer Ebene berücksichtigen, wenn man über Hilfsbereitschaft spreche.

Polen versteht sich nicht als Einwanderungsland. Vielmehr war es bis zur Wende von 1989 ein klassisches Emigrationsland und erst in den 90er Jahren entwickelte es sich zu einem Staat, in den auch Menschen kamen und der begann, Rechtsbestimmungen für die Aufnahme von Asylanten und Flüchtlingen zu erarbeiten. Unter den Zuwanderern waren anfangs meist Bürger aus der ehemaligen UdSSR, Vietnam und Rumänien, später aus Weißrussland, Moldau und Georgien. Die Zahl der Zuwanderer zwischen 1990 und 2010 betrug aber insgesamt nur etwa 130.000 Personen. Im Jahr 2014 haben ca. 9.000 Menschen in Polen Asyl beantragt, 700 Asylanträge wurden stattgegeben. Laut der polnischen Ausländerbehörde steige derzeit die Zahl der Asylanträge zwar an, aber sie solle auch in Zukunft weiterhin nicht drastisch steigen, da Polen nicht die Haupteinlaufstelle für Flüchtlinge sei. Dies wird mit der geografischen Lage von Polen begründet, aber auch damit, dass viele Menschen, denen in Polen Asyl gewährt werde, sich nach kurzer Zeit weiter Richtung Westen orientierten, da

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**Afrika südlich der Sahara**

**Asien und Pazifik**

**Europa und Nordamerika**

**Lateinamerika**

**Nahost und Nordafrika**

**Oktober 2015**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

dort die Sozialsysteme besser als in Polen ausgebaut seien und das Erlernen der polnischen Sprache generell schwierig sei.

Insgesamt hat die polnische Gesellschaft wenig Erfahrung im Umgang mit Asylanten und Flüchtlingen. Im Übrigen wird auch Entwicklungshilfepolitik eher zurückhaltend betrieben. Nur 0,08 Prozent des Bruttosozialproduktes steht für Entwicklungshilfeprojekte zur Verfügung. Dieser Erfahrungsmangel hat eine Reihe unmittelbarer Konsequenzen:

Erstens sehen sich Politik und Gesellschaft in Polen weder „mental“ noch organisatorisch auf die Aufnahme und Integration von Immigranten insbesondere aus kulturfremden Regionen vorbereitet.

Zweitens findet die Migrationsdiskussion anders als in Deutschland in der Öffentlichkeit relativ wenig Raum. Der Begriff Migration kennzeichnete vielmehr seit dem polnischen EU-Beitritt 2004 – und bis heute – die Auswanderungswelle von Polen nach Großbritannien und Irland.

Drittens ist der Zuspruch in der polnischen Bevölkerung gegenüber Immigranten recht ambivalent. Nach einer jüngsten Umfrage (IPSOS-Institut 08/2015) betreffen die Ängste in der polnischen Bevölkerung vor allem Unterhaltungskosten und Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Knapp 60 Prozent der Bevölkerung sehen zudem in muslimischen Flüchtlingen eine Bedrohung für die Sicherheit des eigenen Landes. Nach einer Erhebung des Umfrage-Instituts CBOS vom Juni 2015 sprachen sich zwar 72 Prozent der Befragten dafür aus, Polen solle Flüchtlingen aus Kriegsgebieten dauerhaft (14 Prozent) oder befristet (58 Prozent) Aufenthalt gewähren. Gleichzeitig sprachen sich jedoch 53 Prozent der Befragten dagegen aus, Flüchtlinge aus Afrika oder dem Nahen Osten aufzunehmen. Initiativen, die sich für die Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Nahen Osten und Afrika aussprechen, gibt es dennoch vereinzelt auch, wie die christliche Organisation „Estera“, die jüngst 160 Syrier nach Polen geholt und sich dazu bereit erklärt hat, weitere 1.500 syrischen Bürger bei der Erlangung von Asyl zu unterstützen. Auch die polnische katholische Kirche spricht sich grundsätzlich für die Aufnahme von Flüchtlingen aus. So wurden z.B. über das Hilfswerk „Kirche in Not“ für die Bevölkerung in Syrien und im Irak sechs Mio. PLN (ca. 1,5 Mio. Euro) gespendet.

#### *Wahrnehmung des Themas Flucht und Migration bei den politischen Parteien*

Am 20. Juli 2015 fand eine Debatte im Sejm statt, bei der die Abgeordneten ihre Meinung über die Flüchtlingspolitik Polens nach der Entscheidung der EU über Flüchtlingsaufnahmen der europäischen Länder präsentieren konnten.

Dabei betonten Vertreter der oppositionellen PiS, dass Polen vorrangig polnische/ polnischstämmige Bürger aus ehemaligen Sowjetrepubliken, hauptsächlich aus der Ukraine, unterstützen sollte. In Bezug auf Flüchtlinge aus den arabischen Ländern drohe Polen die „Krankheit des Terrorismus“. Michał Szczerba, PO-Abgeordneter, sagte in der Debatte, dass es eine christliche Verpflichtung sei, den Flüchtlingen Hilfe zu leisten, und die PiS-Kandidatin für das Premierministeramt Beata Szydło wies in ihrer Reaktion auf die Botschaft von Regierungschefin Kopacz, dass Polen 2.000 Flüchtlinge aus Syrien aufnehmen werde, darauf hin, dass die polnische Solidarität vorrangig den polnischen Bürgern im Ausland gelten sollte.

Derzeit hat die polnische Regierung der EU die Zusage gegeben, 2.000 zusätzliche Flüchtlinge aufzunehmen (1.100 aus EU-Ländern wie Griechenland oder Italien, 900 von außerhalb der EU). Hauptsächlich soll es sich dabei um Flüchtlinge aus Syrien und Eritrea handeln. Die Premierministerin hatte vor dem Hintergrund dieser Zusage öffentlich betont, dass die EU auf einem solidarischen Konzept basiere und auch Polen von dieser Solidarität profitiere. Weiterhin hatte sie unterstrichen, dass Polen keine Wirtschaftsflüchtlinge aufnehmen werde, sondern vielmehr jenen Menschen helfen werde, die geflohen seien, um zu überleben. Die Hilfe gegenüber Flüchtlingen sei darüber hinaus eine Selbstverständlichkeit nach der Unterstützung, die Polen selbst in der Vergangenheit erhalten habe.

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**Afrika südlich der Sahara**

**Asien und Pazifik**

**Europa und Nordamerika**

**Lateinamerika**

**Nahost und Nordafrika**

**Oktober 2015**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Der für Europafragen zuständige Staatssekretär im Außenministerium Rafał Trzaskowski (PO) äußerte sich zufrieden mit dem Verhandlungsergebnis von Ewa Kopacz. Er befürwortete, dass in Europa kein Automatismus zur Verteilung von Flüchtlingen gelten solle. Er betonte auch, dass Polen diese Regelung gemeinsam mit den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie Spanien gegen den Vorschlag der EU-Kommission erreicht habe. Malgorzata Fuszara schließlich, die Gleichstellungsbeauftragte der polnischen Regierung, glaubt, dass die Mehrheit der polnischen Bevölkerung dazu bereit ist, Flüchtlinge aufzunehmen, welche die christliche Religion teilen. Für die Zukunft verlieh sie ihrer Hoffnung Ausdruck, dass sich diese Bereitschaft erweitert und Flüchtlinge aller Religionen in Polen gleichberechtigt aufgenommen würden. Mit dieser Stellungnahme hat sie die Situation, so wie sich derzeit in Polen darstellt, treffend beschrieben.

### **Russland**

*Claudia Crawford / Dimitrie Weigel (28.08.2015)*

In Russland werden Flüchtlinge im Schwerpunkt mit der Ukraine Krise verbunden, da das Land im letzten Jahr ca. 1 Million ukrainische Flüchtlinge aufgenommen hat.<sup>42</sup> Auf den ersten Blick könnte man meinen, die Europäische Union und Russland befinden sich in einer ähnlichen Situation und könnten voneinander lernen. Die russischen Medien sehen aber zwei große Unterschiede zwischen der Flüchtlingsproblematik in der Russischen Föderation und der Lage in der Europäischen Union. Als wichtigster Unterschied sollte der Verursacher des Übels gesehen werden. Die dominierenden kremlin nahen Medien werfen dem Westen vor, die Situation im Nahen Osten und in Nordafrika aus dem Gleichgewicht gebracht zu haben.<sup>43</sup> Walentin Fedorow, der stellvertretende Direktor des Europainstituts der Russischen Akademie der Wissenschaften spricht sogar von einer Rache der ehemals Unterdrückten: "Das, was wir heute in Europa sehen, ist die historische Rache der ehemaligen Kolonien. Nun machen sie den zivilisierten Staaten Probleme. Der Westen selbst hat das begünstigt."<sup>44</sup> Dies sei der Preis für die unterstützten Regimewechsel und Interventionen, so der erste staatliche Sender.<sup>45</sup> Im Gegensatz dazu sehen die kremlin nahen Medien Russland nicht als Verursacher der Ukraine Krise, sondern lediglich als Helfer, welcher aus Solidarität Flüchtlinge aus dem Donbass aufnimmt.

Der zweite Unterschied ist die Herkunft der Flüchtlinge. Aufgrund der Geschichte, der religiösen, kulturellen und sprachlichen Nähe haben die Russen und Ukrainer viele Anknüpfungspunkte. Deshalb erweist sich die Integration der Ukrainer nicht als kulturelles Problem. Schwierigkeiten sind hier vor allem ökonomischer Natur und auf die zurzeit begrenzten Möglichkeiten der russischen Wirtschaft zurückzuführen.

#### *Öffentliche Wahrnehmung der Flüchtlingswelle nach Europa*

Die Migration von Flüchtlingen in die Europäische Union ist in den russischen Medien präsent. Auch wenn diesem Thema grundsätzlich eine eher untergeordnete Bedeutung zugesprochen wird, so wird es aufmerksam verfolgt.

Die religiösen und kulturellen Unterschiede zwischen den Flüchtlingen und den europäischen Gesellschaften sind der dominierende Faktor in den Medien. Dabei wird die Diversität als eine Last gesehen. Die kremlin nahen Medien stellen oft eine Verbindung zwischen der Migration und dem islamistischen Terrorismus her.<sup>46</sup> Dabei beziehen sie sich sowohl auf den Charlie-Hebdo-Vorfall als auch auf das kürzliche Ereignis, bei dem ein Islamist scheinbar versucht hatte, mehrere Zuginsassen im Thalys von Amsterdam nach Paris zu ermorden. RT

<sup>42</sup> Vgl. <http://www.kp.ru/online/news/2071099/> [27.08.2015].

<sup>43</sup> Vgl. <http://www.1tv.ru/news/world/282636> [27.08.2015].

<sup>44</sup> Vgl. <http://www.vesti.ru/doc.html?id=2654362> [27.08.2015].

<sup>45</sup> Vgl. <http://www.1tv.ru/news/world/282636> [27.08.2015].

<sup>46</sup> Vgl. [http://www.ng.ru/world/2015-08-24/1\\_shengen.html](http://www.ng.ru/world/2015-08-24/1_shengen.html) [24.08.2015].